



Regierungsratsbeschluss vom 25. April 2023

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Revision des Bundesgesetzes über das elektronische Patientendossier; Überfinanzierung und Einwilligung (inkl. Ausführungsrecht); Vernehmlassung

P230123

1. Der Regierungsrat genehmigt das vorgelegte Antwortformular an das Bundesamt für Gesundheit (BAG).

Begründung

Der Bund führt bei den Kantonen und weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Bundesgesetzes vom 19. Juni 2015 über das elektronische Patientendossier (EPDG) zu einer Übergangsförderung und zur Einwilligung (inkl. Ausführungsrecht) durch. Die vorgeschlagenen Änderungen sind aus Sicht des Regierungsrates geeignet, um die dadurch angestrebten Ziele (Schliessung der Gesetzeslücke bis zum Inkrafttreten der umfassenden Gesetzesrevision, Schaffung von Anreizen, um eine grösstmögliche Verbreitung des EPD zu fördern, effizienter Eröffnungsprozess) zu erreichen. Der Regierungsrat heisst die Vorlage des Eidgenössischen Departement des Innern zur Änderung des EPDG und zur Verordnung über die Finanzhilfen für das elektronische Patientendossier (EPD) gut und beantragt zusätzlich, für die zuständigen Stellen der Kantone ein explizites umfassendes Zugriffsrecht auf den Health Provider Directory (Verzeichnis aller im EPD registrierten Gesundheitsfachpersonen und Organisationen) zu schaffen.

